

Die UNO ist kompetenter als Merkel/Sarkozy und unter ihrem Rettungsschirm können alle zukünftig unbesorgter leben

Thesen und Maßnahmen zur Bewältigung der Euro-Krise und des Turbokapitalismus

Von Thomas Kahl

1. Der Euro-Rettungsansatz über die Europäische Zentralbank EZB ist umstritten. Das liegt u.a. daran, dass diesem Ansatz nicht eindeutige wissenschaftliche Klarheit, so wie sie in der Mathematik und Physik möglich ist, zugrunde liegt, sondern eine Art von Glaubenslehre, die sich allzu leicht als Irrglauben oder Aberglauben erweisen kann. Denn, wie Max Weber gezeigt hat, beruht die kapitalistische Wirtschaftslehre auf religionssoziologischen Grundlagen. Können Auslegungsweisen der Bibel eine zuverlässige Basis für heutige Wirtschafts- und Finanzpolitik sein? Wohl kaum.

Die Grundlagen des EZB - Ansatzes liegen im Bereich der Finanz- bzw. Volkswirtschaftslehre, und die ist bislang noch keine exakte Wissenschaft wie die Physik, sondern ein Sammelbecken von unterschiedlichen Herangehensweisen und Theorien, die von verschiedenartigen Voraussetzungen (Rahmenbedingungen) ausgehen und infolge dessen auch zu untereinander abweichenden und widersprüchlichen Lösungskonzepten führen. Angesichts der Risiken, hier auf Sand zu bauen und Unsummen zu verspekulieren, sollte man sich fragen, ob dieser Rettungsansatz überhaupt sachgemäß sein kann.

Da die hier gewählte streng-wissenschaftliche Herangehensweise vielen Lesern bislang noch wenig vertraut sein dürfte (zur wissenschaftstheoretischen Fundierung vgl. T.S. Kuhn, K. Popper, J. Habermas, N. Luhmann u.a.), soll sie an einem plastischen Beispiel verdeutlicht werden:

Stellen Sie sich vor, es geht um die Renovierung eines Hauses. Der damit beauftragte Innenarchitekt konzentriert sich auf den Zustand der Möbel in den Zimmern, bemängelt einige Risse und feuchte Stellen im Mauerwerk und hält das Dach für sanierungsbedürftig. Daraufhin werden alle notwendigen Arbeiten vorgenommen und bezahlt.

Doch dann stellt sich heraus, dass das Haus in einem radioaktiv verseuchten Gebiet steht und dass das Hausfundament absackt, weil der Grundwasserspiegel steigt. Diese beiden äußeren Einflussfaktoren sind unsichtbar und zugleich grundlegend. Werden diese außer Acht gelassen, so ist vollkommen gleichgültig, wie es im Haus selbst im Einzelnen aussieht. Denn es ist nicht mehr bewohnbar. Das investierte Geld wurde sinnlos ausgegeben.

Innenarchitekten sind Spezialisten, die nicht unbedingt auch auf das achten, was außerhalb ihres eigentlichen Wahrnehmungshorizontes liegt: Sie konzentrieren sich auf das Innere eines Hauses, etwa im Unterschied zu Außenarchitekten.

Stellen wir uns nun vor, das „Haus“ beinhalte eine Bank, ein Unternehmen, Griechenland, Euroland oder alle Länder der Erde zusammen. Dann wird klarer, worum es geht: Der gesamte Inhalt des „Hauses“ und was es dort zu tun gäbe, um für bestmögliche Gegebenheiten zu sorgen, lässt sich erst sinnvoll und mit Aussicht auf Erfolg anpacken, wenn die relevanten äußeren Einflussfaktoren (Rahmenbedingungen) sachgerecht berücksichtigt worden sind. Wenn man das nicht tut, muss man damit rechnen, Geld sinnlos zu investieren, d.h. sich zu verspekulieren. Deshalb ist der von Merkel/Sarkozy gewählte Ansatz über die EZB fragwürdig, weshalb dazu bessere Alternativen zu entwickeln sind.

Bislang konnte ich in der Diskussion um die Euro- bzw. Banken-Krise noch nirgends einen Beitrag finden, der sich mit den relevanten Grundlagen sachgemäß auseinandergesetzt hat. Denn ein auf objektiver Wissenschaftlichkeit beruhender, also zuverlässiger, finanz- bzw. volkswirtschaftlicher Rettungsansatz hätte als Grund-Voraussetzung, dass die äußeren Rahmenbedingungen eindeutig definierbar und unumstritten sind. In der Physik beruht die Objektivität bekanntlich darauf, dass die Forscher ins Weltall blicken und das Geschehen auf der Erde von dort aus gesehen als etwas betrachten, was sich im Rahmen der kosmischen Gesetzmäßigkeiten des *physisch-materiellen Universums* abspielt. Die Physik zeigt deshalb so überzeugende Leistungen, weil sich ihr äußerer Rahmen auf die Astronomie bezieht, die das gesamte Weltall im Blick hat, und weil sie das, was auf der Erde geschieht, im relativen Bezug zum alles umfassenden Ganzen sieht – gemäß Einsteins Relativitätstheorie.

Dem entsprechend ist die Entwicklung einer Weltfinanz-, Weltvolkswirtschafts- und Weltbetriebswirtschaftslehre mit einheitlich gültigen Finanzierungs-, Produktions- und Handelsregelungen anzustreben, die in allen Staaten faire, chancengleiche Wirtschaftsbedingungen gewährleistet. Erst auf der Basis der Definition eines das Weltwirtschaftsgeschehen umfassenden „Universums“ lässt sich eines Tages mit hinreichender sachlicher Berechtigung von der Existenz einer *Finanzwissenschaft* oder *Betriebswissenschaft* sprechen, wobei diese beiden Fachdisziplinen praktische Anwendungsgebiete der empirischen Sozial- bzw. Humanwissenschaften sind. Zu diesen gehören vor allem die Psychologie, die Soziologie, die Anthropologie sowie die Geschichts- bzw. Politikwissenschaft. Dem entsprechend werden die Finanz-, Betriebs- und Volkswirtschaftslehre erst dann wirklich überzeugende Leistungen vorweisen können, wenn sie sich entsprechend der Globalisierung weltwirtschaftlich orientieren, die Sozial- und Humanwissenschaften als ihren äußeren Rahmen, d.h. als ihr Universum, anerkennen und gelernt haben, sich der dort bewährten Methoden und Instrumente kompetent zu bedienen.

Davon ist die europäische Politik gegenwärtig noch weit entfernt, während sich die Organisationen der Vereinten Nationen diesen Aufgaben schon seit längerem widmen und bereits nützliche Konzepte bereithalten. Denn die weltweit besten Wissenschaftler arbeiten im Sinne der Unterstützung der Vereinten Nationen, da die Regierungen ihrer eigenen Länder in der Regel mehr an ihrem Machterhalt interessiert sind als an fundiertem Sachverstand.

2. Es fehlt bislang eine klare, eindeutige Diagnose der eigentlichen Probleme, die es zu lösen gilt.

2.1 Da sind einerseits die wirtschaftlichen Probleme in Euro-Ländern wie Griechenland, Portugal usw. Hier wäre zuerst zu klären, wie diese *sachgemäß* gelöst werden könnten.

2.1.1 Sofern diese *hausgemacht* sind, also auf Selbstverschulden beruhen, können Maßnahmen angezeigt sein wie Haushaltsführungs- und Unternehmensberatung, Bekämpfung von Korruption, Vetternwirtschaft und Lobbyeinflüssen. Das könnte dann zu so etwas wie einem Offenbarungseid führen mit Schuldenerlass und Auflagen zur internen Sanierung. Hierzu gibt es ein relativ gut bewährtes Instrumentarium im Rahmen der Betriebs- und Volkswirtschaftslehre, wobei allerdings die landesspezifischen Bedingungen zu berücksichtigen sind, vor allem die jeweilige Gesetzgebung und Verfassung. Da es hier gravierende Unterschiede gibt, lassen sich nicht alle Euro-Staaten über einen Kamm scheren.

Das Subsidiaritätsprinzip bzw. die relative Souveränität der Euro-Mitgliedsländer sieht nicht vor, dass ein Paar wie Merkel/Sarkozy ohne hinreichende Analyse der Problem-

Gegebenheiten quasi von oben allen anderen ein in sich höchst problematisches Lösungskonzept (s.o.) zu verordnen versucht. Großbritannien scheint das einzige EU-Land zu sein, dass sich seiner eigenen Souveränität noch hinreichend bewusst ist. Das verdient Hochachtung! Zu prüfen ist, inwiefern das Vorgehen von Merkel/Sarkozy einen Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt und inwiefern die Zustimmung anderer Staaten zu diesem Konzept aufgrund von Nötigungsmaßnahmen dieser beiden Regierungschefs erfolgt sein könnte.

2.1.2 Es spricht einiges dafür, dass die Wirtschafts- und Finanzprobleme in Griechenland etc. *nicht nur* hausgemacht und selbstverschuldet sind. Wie es dazu kommen kann, wird deutlich angesichts der Unternehmer-Logik: Wenn ich etwas produziere, um es zu verkaufen, bin ich an der „Wertschöpfung“ interessiert, d. h. dem möglichen Gewinn in Euro. Dazu muss ich zunächst ausrechnen, welchen Preis ich unter Berücksichtigung der Produktions- und Vertriebskosten mindestens einnehmen muss, damit sich die Mühe für mich lohnt. Wie kann ich die Produktions- und Vertriebskosten möglichst gering halten, um ein Produkt auf dem Markt so anbieten zu können, dass es sich dort gut verkauft und mir möglichst viel Geld einbringt? Dazu muss es auf dem Markt den Kunden attraktiv dargestellt werden und seinen Preis wert erscheinen. Welche Mittel eignen sich am besten, um zum Ziel zu gelangen? Reichen meine vorhandenen Mittel dazu aus oder muss ich Kredit aufnehmen, um den Aufwand finanzieren zu können? Welches Kreditinstitut bietet mir dazu die günstigsten Konditionen?

Um als Unternehmer Erfolg zu haben, braucht man Ideen und Strategien, Marktkenntnisse, Mitarbeiter, Verhandlungsgeschick und gute Beziehungen, möglichst eine qualifizierte Ausbildung, um die Antworten auf die obigen Fragen auf einen optimalen Nenner zu bringen. Anspruchsvoll ist es, sich hier eines fairen Vorgehens zu bedienen, also überall auf die Achtung der Menschenrechte und auf ein optimales Arbeits- und Betriebsklima Wert zu legen, allen Mitarbeitern zufriedenstellende Löhne und Gehälter zu zahlen und sich dennoch in der Konkurrenz gegenüber Mitbewerbern gut behaupten zu können. Glücklicherweise gelingt dieses Kunststück noch etlichen Unternehmen. Am leichtesten „erfolgreich“ dürften dem gegenüber vordergründig allerdings diejenigen werden, denen im Rahmen ihres Wirtschaftsmanagements zu ihrem Erfolg jegliches Mittel recht ist - die auf Ethik und Moral pfeifen, die ihre Kunden bewusst täuschen und betrügen, die ihre Mitarbeiter und Lieferanten möglichst schlecht bezahlen und bis zur Unerträglichkeit hin ausbeuten, diese zudem noch mit gesetzeswidrigen Methoden zum Stillschweigen über diese Praktiken nach außen hin verpflichten und sie damit in Burnout, Depressionen und körperliche Krankheiten bis hin zur Arbeitsunfähigkeit oder gar in den Selbstmord treiben und sich dann nach dem „ex and hopp“-Prinzip immer wieder neues „Menschenmaterial“ (in der englischen Management-Sprache heißt das menschenverachtend „human resources“) vom übergroßen Arbeitslosen-Markt holen, um dieses erbarmungslos im weltweiten Turbokapitalismus zu verheizen.

Wer in einer derartigen Konkurrenzsituation nicht mehr mithalten kann bzw. wer da bewusst nicht mehr mitmachen will, weil diese Art von Wirtschaftsmanagement höchst kriminell ist und den Menschenrechten widerspricht, kann, darf und sollte sich an die zuständigen Stellen bei den Organisationen der Vereinten Nationen (UNO) wenden. Denn zur weltweiten Überwachung und Gewährleistung der Menschenrechte wurden diese geschaffen. Wo sich die Gewerkschaften und Regierungen einzelner Länder überfordert sehen, sich dieser Entwicklung mit eigenen Mitteln im eigenen Einflussbereich hinreichend zu widersetzen, haben diese Instanzen *zumindest auf dem wirtschaftlichen Gebiet* ihre Daseinsberechtigung verwirkt und sollten offen kapitulieren mit der Aufforderung an die Vereinten Nationen, ihrerseits mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für eine gerechte

Weltwirtschaftsordnung, möglicherweise auch auf der Basis einer einheitlichen Weltwährung, zu sorgen. Denn seit weltweit gewirtschaftet wird, ist eine solche Ordnung längst überfällig. Die Vereinten Nationen können jedoch erst handeln, sobald sie dazu autorisiert werden. Das kann dadurch geschehen, dass ihnen Missstände gemeldet werden - verbunden mit dem Auftrag, dem Mandat, eine friedliche und befriedigende Problemlösung zu gewährleisten. Entsprechend diesem Verfahren wurden von der UNO immer wieder „Blauhelme“ in Krisengebiete entsandt. Was ist zu erwarten, wenn Griechenland, Portugal, England und / oder Deutschland sich in diesem Sinne nun aus wirtschaftlichen Gründen an die UNO wenden?

In einer Vollversammlung der UNO dürfte das Vorgehen dazu erörtert werden. Eine denkbare Lösung wäre, dass alle Länder der Erde eine demokratische Verfassung bekommen, die z. B. dem deutschen Grundgesetz oder dem Gesellschaftsvertrag von England oder Neuseeland entspricht. Es ist nebensächlich, für welche Grundordnung man sich entscheidet, so lange die Würde der Person als unantastbar gilt und alle gesellschaftlichen Instanzen dem Allgemeinwohl verpflichtet sind. Dann können alle Länder, einander völlig gleichberechtigt, einen weltweiten Völker- oder Staatenbund bilden. Alle Staatsteilgebiete, die von ihrem bisherigen „Mutterland“ unabhängig sein wollen, können Autonomie erhalten. Die UNO/UNESCO kann überall die Einhaltung der gesellschaftsvertraglichen Regelungen mit sozialwissenschaftlichen Methoden überprüfen und dann vergleichbar einer Unternehmensberatung Korrekturen empfehlen. Deutschland könnte die ehrenvolle Aufgabe übernehmen, freiwillig allen anderen Ländern mit Modellversuchen zu zeigen, wie sich innerhalb der eigenen Landesgrenzen zweckmäßig und effizient möglichst optimale Ordnungen herstellen lassen.

Möglicherweise können über die Gleichberechtigung aller Länder und deren Teile irgendwann alle bislang den Weltfrieden bedrohenden außenpolitisch erforderlich gewordenen Abwehr- und Verteidigungsmittel überflüssig werden. So unwahrscheinlich das auch auf den ersten Blick erscheinen mag – viel wahrscheinlicher ist hier der Erfolg, denn wer auf dieser Welt ist nicht in erster Linie daran interessiert, dass überall Frieden, Gesundheit, Wohlstand und ein glückliches Miteinander herrschen?

Die zu vollziehende Neuordnung sollte mit sich bringen, dass viele europäische Unternehmen, die bislang ihre Waren in Indien, China und anderen Billiglohnländern produzieren lassen, die Herstellung wieder nach Europa zurück verlegen. Dies dient einerseits der Sicherung von Arbeitsplätzen in Europa und andererseits dazu, dass sich die Inder, Chinesen usw. wieder auf ihre eigenen kulturellen Werte des Hinduismus und des Buddhismus sowie auf die Lehren von Konfuzius, Lao Tse, des I Ging, etc. besinnen und ihre kulturelle Identität pflegen können. Die Menschen und die natürliche Umwelt dort haben angesichts des Turbokapitalismus schweren Schaden erlitten und müssen sich davon erholen können. Entsprechendes gilt auch für andere Länder und Kontinente.

Nach langjährigen unruhigen Zeiten mit hektischen Veränderungen, die allzu oft ohne Bedacht, Augenmaß und Rücksichtnahme erfolgten, insbesondere auch, was den Umgang mit Migranten betrifft, kommt es nun darauf an, auszumisten, aufzuräumen und Ordnung zu schaffen in dem Sinne, dass jeder Mensch wieder zur Besinnung und zu sich selber kommt und mit seinen Mitmenschen einen harmonischen, achtsamen und konstruktiven Umgang pflegen kann. Es ist ganz viel Heilung vonnöten, weil viele Menschen körperlich und seelisch tief verletzt worden sind, ohne dass es ihnen selbst auffiel. Denn weil es anderen ringsherum ebenso ergangen war, schien eigentlich Unerträgliches normal gewesen zu sein. In der deutschen Bevölkerung befinden sich allzu viele Menschen innerlich in einer Art

Kriegszustand, voller innerer Anspannung, Misstrauen, Unsicherheit, Verteidigungsbereitschaft und Aggressivität. Dies ergibt sich einerseits aufgrund hohen Leistungsdrucks und andererseits als Folge von immer noch nicht hinreichend bewältigten Traumatisierungen aus der Zeit des 2. Weltkriegs.

Die dringend erforderlichen heilsamen Veränderungen im mitmenschlichen Zusammenleben können einhergehen mit entsprechenden Veränderungen auch auf allen organisatorischen und politischen Ebenen. Bislang wurde die Bevölkerung von nahezu allen Regierungen auch im System der repräsentativen Demokratie um ihr Wohl betrogen. Deren auf Wahlperioden konzentriertes Positionserhaltungsinteresse, deren Verstrickung mit Banken und Lobbys sowie das Konkurrenzdenken zwischen den einzelnen politischen Gruppierungen und Parteien führte zwangsläufig zur Bildung von Seilschaften („Parteiräson“), wobei es viel zu wenig Raum und Ruhe gab für den Erwerb von Sachverstand und zur Pflege des persönlichen Kontaktes mit den Angehörigen des Volkes. Diese Umstände bedürfen dringend einer organisatorischen Korrektur, so dass sich die gesellschaftliche Realität immer mehr den Ansprüchen des Grundgesetzes annähern kann.

2.2 Ganz offensichtlich geht es bei der Euro- bzw. Schuldenkrise nicht nur um das Wirtschaften in den Euro-Ländern im Hinblick auf das Allgemeinwohl der dort lebenden Menschen. Es geht bei dem „Lösungsansatz“ über die EZB auch, und möglicherweise sogar vorrangig, um Bankgeschäfte, Staatsanleihen und sachlich fragwürdige Abhängigkeiten zwischen Regierungsinstanzen und Finanzierungsinstituten, die auf bloßen Spekulationen beruhen (s. 1.). Und nun wird versucht zu verhindern, dass das von diesen Instanzen gemeinsam gezimmerte finanzielle Kartenhaus zusammenklappt, denn das könnte einen Dominoeffekt zur Folge haben, der eine Bank nach der anderen in den Ruin treibt. So richtig es ist, dass alle, die sich verspekuliert haben, konsequenterweise persönlich die Folgen dafür tragen müssen, so gefährlich erscheint diese Entwicklung auf den ersten Blick deshalb, weil sie zu einem kompletten Zusammenbruch des europäischen Finanzmarktes führen könnte. Da es unverantwortlich erscheint, es dazu kommen zu lassen, sollte dies natürlich verhindert werden, auch um der weltfinanzwirtschaftlichen Folgen willen. Soweit, so gut. Wenn aber der Ansatz von Merkel und Sarkozy dazu per se als kaum tauglich und zusätzlich noch als überaus riskant erscheint (s. 1.), so ist nach einer besseren – und vor allem sichereren - Alternative Ausschau zu halten. Die Lösung dafür ist ganz einfach: Wenn es letztendlich um ein Problem der Weltwirtschaft geht, so ist dafür die EZB natürlich der falsche Ort; dann sollten wiederum die Vereinten Nationen und die ihr zugeordneten Instanzen wie die Weltbank in Anspruch genommen werden. Das erspart außerdem den deutschen Steuerzahlern die Tilgung riesiger Schuldenbeträge.

3. Wir benötigen Politiker mit weltweitem Bewusstseinshorizont. Merkel und Sarkozy sind in ihrem Denken allzu sehr auf Europa beschränkt. Die Vermischung verschiedenartiger Gegebenheiten und Tatbestände (2.1 und 2.2) könnte unklarem Denken, schlechter finanzwirtschaftlicher Beratung und/oder einer bewussten Täuschungsabsicht entspringen. Wie soll man da als Wähler noch Vertrauen in die Regierungsspitze aufbringen können? Bei derartig wenig transparenter Vorgehensweise brauchen sich Politiker nicht zu wundern, wenn ihnen kaum noch Wähler vertrauen. Die Zeit, wo Politikern nahezu blind vertraut wurde, dürfte nun endgültig vorbei sein. Wer in Zukunft gewählt werden will, muss sich in jeder Hinsicht als vertrauenswürdig erweisen.

Wäre es nicht am besten, wenn Frau Merkel nun Deutschland der UNO-Fürsorge übergibt und es damit aus der bisherigen Obhut der ehemaligen Siegermacht USA entlässt? Dann wird es endlich ein freies, selbstbestimmtes, souveränes Land. Wenn sie das aus Einsicht in die

Notwendigkeiten freiwillig tut, verdient sie hohe Anerkennung, denn dann hat sie ihre bisherigen Aufgaben unter den vorgefundenen Rahmenbedingungen bestmöglich bewältigt.

4. Unter der Schirmherrschaft der UNO lassen sich die Vereinigten Staaten von Europa demokratisch entwickeln, soweit ein derartiger Bund überhaupt noch als zweckmäßig wahrgenommen wird. Wichtig ist, dass die jeweiligen Länder als Gebiete mit eigener Tradition, Kultur und Identität geachtet werden. Sowohl die Menschenrechte als auch die Beschlüsse der Vereinten Nationen zur Inklusion weisen bereits in diese Richtung: Denn nicht Internationalisierung im Sinne von Gleichmacherei ermöglicht optimale Lebensqualität, sondern eine unendliche Vielfalt unterschiedlicher Lebensmöglichkeiten und Formen, so dass jeder Mensch irgendwo auf der Erde einen Ort finden kann, der seinen Lebensbedürfnissen am besten entspricht: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“, wie Karl Marx auf der Basis der Ideale der Französischen Revolution sowie der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und der Menschenrechte in seinen Frühschriften den kommunistischen Wunschtraum der Menschheit beschrieb. Nun kann dieser weltweit in Erfüllung gehen. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland war schon von Anbeginn mit dieser Zielsetzung formuliert worden. Wer das nicht schon wusste, möge seine Urfassung im Blick daraufhin aufmerksam durchlesen.